

Die DDR-Botschaft Moskau und ihre Abteilungsparteiorganisation

Berichte über die Korrekturen der Parteilinie der KPdSU 1956 bis 1964¹

Otto Wenzel

Drei Funktionäre des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) waren Nomenklaturkader des Politbüros. Das heißt, daß das Politbüro des ZK der SED ihre Ernennung beschloß. Diese drei Funktionäre waren der Außenminister, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR in der UdSSR und der Stellvertreter des Außenministers sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter und Ständige Vertreter der DDR bei der Organisation der Vereinten Nationen in New York.²

Diese hohe Einstufung der beiden Botschafter ist deshalb beachtlich, weil der Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers ebenso wie die – in der Regel sechs – übrigen Stellvertreter des Ministers³ nur Nomenklaturkader des Sekretariats des ZK waren.⁴ Hermann Wentker bezeichnet den Botschafterposten in Moskau als „prestigeträchtig“, aber „einflußarm“, da er für den Kommunikationsprozeß zwischen der DDR und der UdSSR von geringerer Bedeutung war als die Botschaft der UdSSR in der DDR. Das entsprach der geringeren Rolle der DDR-Diplomatie im Vergleich zur Sowjetunion, wo der Außenminister immer dem Politbüro angehörte.⁵ Diese Aussage gilt für die staatliche Ebene. Bedeutsamer waren die Beziehungen auf der Parteiebene, zwischen den beiden Parteichefs, zwischen Politbüromitgliedern, zwischen den für die Internationalen Verbindungen zuständigen ZK-Sekretären und zwischen den ZK-Abteilungsleitern Internationale Verbindungen. Bis in die fünfziger Jahre wurden die Beziehungen zur Sowjetunion am MfAA vorbei direkt durch das Büro Ulbricht wahrgenommen.⁶

In diesem Aufsatz soll untersucht werden, wie die DDR-Botschaft Moskau in den Jahren 1956 bis 1964 über die bedeutenden Korrekturen der Parteilinie durch die Führung der KPdSU berichtete. Unter diesen Kurskorrekturen der Führung der KPdSU verstehe ich die Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU (14. bis 25. Februar 1956), die „Entlarvung“ der „Parteifeinde“ Malenkov, Kaganowitsch, Molotow, Bulganin, Woroschilow, Saburow, Perwuchin und Schepilow, den „umfassenden Aufbau“ des Kommunismus nach dem XXII. Parteitag (13. bis 31. Oktober 1961) sowie die teilweise Zurücknahme der Kritik an Stalin nach dem Oktober-Plenum 1964 des ZK (Sturz Chruschtschows).

1 Der Verfasser dankt Herrn Diplom-Archivar Ulrich Geyer für das Gegenlesen des Manuskripts und wertvolle Anregungen.

2 Wenzel, Otto: Die Personalentscheidungen des SED-Politbüros. Ein wichtiges Herrschaftsinstrument der DDR-Staatspartei. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat Ausgabe Nr. 26/2009, S. 116 f.

3 Die Stellvertreter des Ministers wurden in der Berichtsperiode im dienstlichen Schriftverkehr mit „Werter Genosse Minister“ angeredet.

4 Wenzel: Personalentscheidungen, S. 113. Diese Struktur bestand in den siebziger und achtziger Jahren. Bis 1965 war der Staatssekretär die „führende Kraft“, weil der Minister einer Blockpartei angehörte.

5 Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München 2007, S. 381 u. 368. Mitteilung Geyer am 23.03.10.

6 Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. Berlin 2000, S. 75.

Strukturplan, Parteiarbeit und Arbeitsweise

Die DDR-Botschaft Moskau hatte 1965 69 deutsche und 45 sowjetische Mitarbeiter. Letztere waren Sachbearbeiter, Dolmetscher, Fahrer, Wächter, Reinigungskräfte, Pförtner, Schreibkräfte, Handwerker und ähnliches.

Der Strukturplan für die deutschen Mitarbeiter sah im Stellenplan vom 9. September 1965 folgende Abteilungen bzw. Referate vor:

- Leitung der Botschaft: Botschafter, Sekretärin (1), Referent (4), 2. Sekretär (2), Attaché als Chefdolmetscher (1)
- Abteilung Innen- und Außenpolitik: Gesandter, Sekretärin (2), Botschaftsrat (1), 1. Sekretär (1), 2. Sekretär (2, davon 1 für Wirtschaftspolitik), 3. Sekretär (1), Hauptsachbearbeiter Archiv (1)
- Kulturpolitische Abteilung: Botschaftsrat (1), 2. Sekretär (1), Attaché (2), Sekretärin (1)
- Presseabteilung: 2. Sekretär (1), Attaché (1), Referent (1), Sekretärin (1)
- Konsularabteilung: 1. Sekretär (1), Attaché (1), Referent (2), Sekretärin (1)
- Referat Haushalt: Haushaltsbearbeiter (1), Hauptsachbearbeiter (1), Sachbearbeiter (1)
- Referat Allgemeine Verwaltung: Referatsleiter (1), Hauptsachbearbeiter Reiseverkehr (1), Fahrdienstleiter (1), Lager- und Vermögensverwalter (1), Hausmeister (1), Pförtner (1), Koch (1)
- Außerplanmäßige Attachés und Praktikanten: Attaché (3), Praktikant (2)
- Wirtschaftspolitische Abteilung: Leiter (1), Stellvertreter (1), Mitarbeiter (4), Dolmetscher (1), Hauptsachbearbeiter (1), Sekretärin (2)⁷
- Studentenabteilung: Leiter (1), Stellvertreter (1), Mitarbeiter (3), Oberreferent (1), Sekretärin (2)
- Verkehrspolitische Abteilung: Leiter (1), Stellvertreter (1), Dolmetscher (2)
- Schule und Hort: Schulleiterin (1), Lehrerin (3), Horterzieherin (2).⁸

Der Rang, den die Mitarbeiter der Botschaft, die eine diplomatische Amtsbezeichnung führten, in der Hierarchie einnahmen, geht aus ihrer Besoldungsgruppe hervor:

Botschafter	E 1
Gesandter	E 4
Botschaftsrat	E 6
1. Sekretär	E 7
2. Sekretär	E 9/E 10
3. Sekretär	E 10 ⁹

Die Mitarbeiter, die keine diplomatische Amtsbezeichnung führten (eine Ausnahme waren die Attachés), wurden nach Vergütungsgruppen besoldet:

⁷ Der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung wurde als Nomenklaturkader des Sekretariats des ZK der SED vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission berufen und abberufen (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [PAAA], MfAA A 613, Bl. 466).

⁸ PAAA. MfAA C 912/70, Bl. 1 ff. Die Mitarbeiter der Verkehrspolitischen Abteilung wurden vom Ministerium für Verkehr delegiert und unterstanden für die Zeit dieser Tätigkeit dem MfAA (PAAA. MfAA A 571, Bl. 13).

- I Oberreferent, Attaché, apl. Attaché
- IA Referatsleiter, Haushaltsbearbeiter, Mitarbeiter
- II Referent, Attaché, Dolmetscher
- III Sekretärin, Hauptsachbearbeiter, Fahrdienstleiter, Praktikant
- IV Sekretärin, Sachbearbeiter, Hausmeister, Koch
- V Sekretärin, Lager- und Vermögensverwalter
- VI Sekretärin, Pförtner

Dieser Strukturplan enthält keine Stelle für den Militärattaché, weil dieser nur disziplinarisch dem Botschafter unterstellt war,¹⁰ als Nomenklaturkader des Nationalen Verteidigungsrats der DDR unterstand er fachlich dem Ministerium für Nationale Verteidigung.¹¹ Trotzdem nahm der Militärattaché oder sein Stellvertreter an den Dienstbesprechungen der Botschaft teil, konnten seiner Abteilung Aufträge erteilt werden. Die Büros des Militärattachés befanden sich im Botschaftsgebäude.¹² Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an der Botschaft leiteten häufig gleichzeitig die „legale“ Auslands-Residentur des MfS, was dem Botschafter meistens nicht bekannt war.¹³ Kurt Berliner schreibt in seinen Erinnerungen, daß er als Diplomat in Kairo, Bamako (Mali), Beirut, Brüssel (1976-82) und Paris (1985-88) Karriere gemacht habe, zuletzt als Gesandter. Gleichzeitig war er „legaler“ Resident der HVA, zuletzt als Oberstleutnant.¹⁴

Ebenfalls nicht im Strukturplan aufgeführt ist der Parteisekretär der Parteiorganisation.

Die Parteiorganisationen an den Auslandsvertretungen der DDR unterstanden dem Sekretariat des ZK der SED und wurden angeleitet und kontrolliert von der ZK-Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen. Von dieser erhielten sie Parteibeschlüsse und Parteiliteratur für die verbindliche Schulung der Mitglieder in Versammlungen oder Seminaren. Dieser Abteilung mußten sie regelmäßig über ihre Parteiarbeit berichten und Protokolle von Leitungssitzungen und Mitgliederversammlungen sowie Perspektivarbeitspläne und Beurteilungen von Genossen zusenden. Die Parteisekretäre der Parteiorganisationen im Ausland wurden einmal im Jahr zu einem Erfahrungsaustausch und zur Behandlung der Parteiprobleme durch ein Mitglied des Sekretariats des ZK zusammengeholt.¹⁵ In einer Disposition „Einschätzung der Arbeit der Parteiorganisationen bei den Auslandsvertretungen der DDR und ihre Aufgaben“ vom 10. Mai 1962 heißt es über diese Parteiorganisationen, daß sie nicht den Leiter der Vertretung ersetzen und keine staatlichen Aufgaben erfüllen. Sie sollen „durch politisch-ideologische Erziehungsarbeit, Auseinandersetzung mit Mängeln in der Arbeit, Verallgemeinerung

10 Winkelmann, Egon: Moskau, das wars. Die Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981 bis 1987. Berlin 1997, S. 202.

11 Wenzel, Otto: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989. Köln 1995, S. 249 u. 47.

12 PAAA. MfAA A 560, Bl. 9 f.; PAAA. MfAA A 561, Bl. 187.

13 Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 204; Nitsche, Rudolf: Diplomat im besonderen Einsatz. Eine DDR-Biographie. Schkeuditz 1994, S. 55.

14 Berliner, Kurt: Der Resident. Ein Diplomat im Dienst der Hauptverwaltung Aufklärung erinnert sich. Berlin 2001, S. 222, 252 u. 259. „Legale“ Residenten übten ihre Tätigkeit in einer staatlichen Einrichtung der DDR aus (Botschaft, Handelsvertretung u. ä.), „illegale“ Residenten waren konspirativ als Fotografen, Handelsvertreter, Journalisten u. ä. beschäftigt. An den Botschaften waren auch hauptamtliche Mitarbeiter des MfS als OibE im Einsatz, die im Ministerium aus unterschiedlichen Gründen nicht „tragbar“ waren (Mitteilung Geyer, 23.03.10).

15 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/20/24, S. 6 u. 10.

guter Erfahrungen die Genossen befähigen, ihre Aufgaben konsequent zu erfüllen.¹⁶ Die Parteisekretäre der Auslandsvertretungen gehörten zur Nomenklatur der Abteilung Internationale Verbindungen, mußten also von dieser bestätigt werden.¹⁷

Die Abteilungsparteiorganisation Botschaft (APO) Moskau bestand aus den Parteigruppen

1. Politische Abteilung, Funker und Chiffreure
2. Presse- und Kulturarbeit, Allgemeine Verwaltung
3. Wirtschaftspolitische Abteilung
4. Militär
5. Konsular- und Studentenabteilung.¹⁸

Diese APO bildete mit den in Moskau arbeitenden DDR-Journalisten, die eine eigene Parteigruppe hatten, die Grundorganisation Botschaft/Journalisten¹⁹, deren siebenköpfige Leitung alle zwei Wochen außerhalb der Arbeitszeit eine Sitzung abhielt. Diese und die beiden anderen Grundorganisationen, in denen die übrigen Moskauer Abteilungsparteiorganisationen untergebracht waren, waren der Zentralen Parteileitung (ZPL) untergeordnet. Die drei Grundorganisationen wurden im Herbst 1961 aufgelöst. Die ZPL der neugebildeten Grundorganisation der SED bei den Vertretungen der DDR in der UdSSR wurde am 4. und 5. Mai 1962 gewählt und hatte dreizehn Mitglieder: zwei aus der APO der Vertretung der Staatlichen Plankommission (einer war der Parteisekretär), vier aus der APO Botschaft (darunter der Stellvertreter des Parteisekretärs und der Botschafter), drei aus der APO Handelsvertretung, zwei aus der APO Vertretung beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und zwei aus der APO Hausfrauen.

Die Sitzungen der Parteileitung Grundorganisation Botschaft/Journalisten (bis zum 15. September 1961), danach der APO Botschaft, beschäftigten sich unter anderem mit folgenden Themen: Parteiwahlen, Propagandaarbeit (Parteilehrjahr), interne Botschaftsangelegenheiten (Kürzung von Haushaltsmitteln, Einführung eines Arbeitsbuches), Angelegenheiten der Abteilungsgewerkschaftsleitung, Teilnahme an Demonstration am 1. Mai und anderen Partei- und Staatsveranstaltungen sowie dienstliche oder moralische Verfehlungen von Parteimitgliedern. Am wichtigsten waren die Beurteilungen der Genossen, die in der Parteigruppe abgefaßt und von der Parteileitung bestätigt (oder zurückgeschickt) und danach vom Sekretär der ZPL an die ZK-Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen weitergeleitet wurden.

Für die Beurteilungen galten gemäß Weisung des MfAA folgende Kriterien:

1. Politische Arbeit des Beurteilten in seiner Parteigruppe
2. seine fachliche Arbeit
3. sein moralisches Verhalten

¹⁶ SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/12, S. 61.

¹⁷ Ebd., S. 33.

¹⁸ SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/92, S. 1 (Leitungssitzung vom 24.01.61). In diesen Parteigruppen mußten sich die Mitglieder bewähren. Sie hielten einmal im Monat eine Mitgliederversammlung ab.

¹⁹ Die Grundorganisation war das „Fundament“ der SED. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehörten „die Sicherung des politisch-ideologischen und organisatorischen Einflusses der Partei zur Verwirklichung ihrer führenden Rolle“. Vgl. Kleines Politisches Wörterbuch. Neuausgabe 1988. Berlin (Ost) 1989, S. 375 f.

4. seine Disziplin
5. seine Parteiverbundenheit.²⁰

Diese Kriterien verdeutlichen die Einheit von Partei und Staat.

Die Protokolle der Sitzungen der Parteileitung der Grundorganisation lassen erkennen, daß gelegentlich über kritische Äußerungen berichtet wurde. So stieß die Einführung eines Arbeitsbuches bei einigen Genossen der Politischen Abteilung auf Widerstand. Die Bekanntgabe von fünf Stellenstreichungen löste große Mißstimmung aus (,Die Genossen äußerten sich teilweise über die Botschaft wie über einen kapitalistischen Betrieb.‘).²¹ Wohl um solchen Unmut zu vermeiden, gab Botschafter Dölling am 6. Juli 1962 in einer Leitungssitzung zwölf bevorstehende Personalveränderungen bekannt, die er ausführlich erläuterte.²² Es gab auch Rivalitäten zwischen den Moskauer Abteilungsparteiorganisationen. Am 5. Mai 1961 kritisierte Parteisekretär Gampe, daß nur wenige Mitarbeiter der Botschaft an der 1.-Mai-Demonstration teilgenommen hätten. Die Mitarbeiter der Handelsvertretung seien dagegen in größerer Zahl vertreten gewesen. Angesichts dessen sei die Frage berechtigt, wo die Genossen der Botschaft, die ,doch ein höheres politisches Niveau als die Händler‘ hätten, gewesen seien.²³

Am 15. März 1961 wurde eine Beurteilung nach längerer Diskussion in der Parteileitung an die Parteigruppe Militär zurückgegeben, da sie nichts über die Parteiverbundenheit und die Einstellung zur Sowjetunion enthalten habe. Einmal wurde eine Beurteilung durch folgenden Satz ergänzt: ,Für die Arbeit in Moskau brachte er keine Voraussetzungen mit und konnte dadurch im wesentlichen seinen Aufgaben nicht gerecht werden.‘²⁴ Meinungsverschiedenheiten über Beurteilungen nahmen in den Leitungssitzungen viel Zeit in Anspruch. Einmal wurde die Beurteilung von drei Genossen in die Parteigruppe der Politischen Abteilung zurücküberwiesen. Das Protokoll über diese Sitzung, an der dreizehn Genossen, unter anderen der Botschafter, teilnahmen, umfaßt elf Seiten.²⁵

Am 2. September 1961 wurden die Parteiorganisationen an den Auslandsvertretungen von der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen angewiesen, in den Monaten Oktober und November Mitgliederschulungen durchzuführen, auf denen die Dokumente und Materialien des XXII. Parteitages der KPdSU behandelt werden sollten. Der MfAA-Mitarbeiter Horn wurde beauftragt, den Parteiorganisationen jeweils einige Exemplare der Sonderausgabe der Zeitschrift *Einheit* mit dem Entwurf des Parteiprogramms der KPdSU zu übermitteln.²⁶ Wie die Parteileitung auf der Berichts- und Wahlversammlung der APO Botschaft am 7. April 1962 ausführte, wurden während des XXII. Parteitags täglich an alle Mitarbeiter Informationen weitergeleitet. Außerdem fanden zwei öffentliche Mitgliederversammlungen statt, die sich mit der ,Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beim Aufbau des Kommunismus‘ und der ,Bedeutung der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus‘ beschäftigten. Hinzu kamen die differenzierte Durcharbeitung von Problemen des Parteitages in den Parteigruppen und ihre Behandlung in Besprechungen der politischen Mitarbeiter.²⁷

20 SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/92, S. 24 (05.05.61).

21 Ebd., S. 4 (06.02.61), S. 22 (5.5.61).

22 Ebd., S. 136.

23 Ebd., S. 21 (05.05.61).

24 Ebd., S. 72 (05.03.62).

25 Ebd., S. 157 ff. (21.8.62).

26 SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/24, S. 146.

27 SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/12, S. 208 u. 266 ff. Über die in diesem Absatz genannten Aktivitäten konnten keine Aufzeichnungen gefunden werden.

Im Rechenschaftsbericht der Leitung der Parteigruppe der Politischen Abteilung in der Parteigruppenwahlversammlung am 27. März 1962 hieß es: ‚Das gewaltigste Ereignis in der Berichtszeit [5. April 1960 bis jetzt; O.W.] war zweifellos der XXII. Parteitag der KPdSU. Die dort gefaßten Beschlüsse und das Parteiprogramm sind für die gesamte Menschheit von wegweisender Bedeutung. Sie legen klar den Weg für das Endziel der kommunistischen Weltbewegung – die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung.‘²⁸

Am 25. Oktober 1961 berichtete der Gruppenorganisator der Studentenabteilung²⁹ in der Leitungssitzung der APO Botschaft, daß sowjetische Studenten den Genossen Diskussion über den Personenkult aufzwingen würden. ‚Die Diskussion über den Personenkult ist sehr groß, selbst von reiferen und gesetzten Genossen wird sie aufgegriffen. Mitglieder der Parteileitung (Studenten) führten aus, daß mit Genossen Chruschtschow ebenfalls Personenkult getrieben würde, und auch bei uns mit dem Genossen Ulbricht.‘ Der Berichtersteller wurde wegen dieser Äußerung nicht zurechtgewiesen, aber es wurde beschlossen, daß ‚Klarheit über diese Fragen zu schaffen‘ sei.³⁰

Am 5. Juni 1962 wurde ein Bericht über den augenblicklichen Stand des Parteilehrjahres gegeben. Die 68 Teilnehmer (darunter zehn Parteilose) verteilten sich auf folgende Zirkel: zwei Zirkel, denen 35 Teilnehmer angehörten, beschäftigten sich mit dem Diamat³¹ für Fortgeschrittene; ein Zirkel, der es auf 20 Mitstreiter brachte, setzte sich mit dem Thema ‚Diamat für Anfänger‘ auseinander, ein weiterer, zwölf Teilnehmer starker Zirkel vermittelte Grundlagenwissen. Die Teilnahme schwankte zwischen 63 und 90 Prozent. Der Botschafter und ein weiterer Genosse fehlten ständig. In dem Bericht wurden die Lektoren und einzelne Teilnehmer beurteilt, positive und negative Beispiele genannt.³² Diese Themen entsprachen einer ‚Festlegung‘ der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen vom 2. September 1961. Die Zirkel sollten einmal monatlich abgehalten werden.³³

Gelegentlich findet man auch in den Akten der Botschaft Schriftstücke über die Partearbeit. Am 15. November 1962 schickte der Parteisekretär Gniostko der ZK-Abteilung Außenpolitik/Internationale Verbindungen ein von Botschafter Dölling gegengezeichnetes Schreiben. Er nahm darin Stellung zu ihrem Schreiben, in dem ein Bericht der Botschaft über den XXII. Parteitag als gut eingeschätzt wurde, im übrigen jedoch Mängel bei der Berichterstattung festgestellt wurden. In dem Schreiben an die ZK-Abteilung wurde Kritik am Botschafter geübt, der höhere Anforderungen an die Einhaltung der Termine und die Qualität der Arbeit stellen müsse. Auch die Abteilungsleiter müßten die ‚Anleitung‘ wesentlich verbessern und stärker kontrollieren.³⁴ Am 13. Juli 1961 schickte der stellvertretende Parteisekretär der ZPL der ZK-Abteilung Außenpolitik/Internationale Verbindungen die gewünschte Beurteilung des Gesandten Professor Abraham.³⁵

28 Ebd., S. 96 f.

29 Die Parteigruppe der Studentenabteilung hatte die Aufgabe, die 700 Mitglieder und 84 Leitungen in Moskau und Leningrad zu schulen, die der ZK-Abteilung Wissenschaft unterstanden (SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/92, S. 45 f.).

30 Ebd.

31 Unter ‚Diamat‘ versteht man den Dialektischen und Historischen Materialismus. Er war die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei.

32 SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/92, S. 114 u. 117.

33 SAPMO-BArch, DY 30/IV2/20/24, S. 145 f.

34 PAAA. MfAA A 611, Bl. 118–123.

35 PAAA. MfAA A 610, Bl. 14.

Die Botschaft Moskau hat über die Vorgänge in der KPdSU intensiv berichtet. Dabei handelte es sich nicht um die aktuelle Berichterstattung durch die Nachrichtenagenturen TASS und ADN sowie die Tageszeitung *Prawda*, die zusammen mit den wichtigsten Zeitschriften in der für die Sowjetunion zuständigen Abteilung des MfAA – ab September 1959 der 1. Europäischen Abteilung [1. EA] – sorgfältig ausgewertet wurden. Es handelte sich vielmehr um Hintergrundberichte, die sich auf eine Vielzahl von Zeitungen, Zeitschriften und Fachjournalen sowie Gesprächen von Mitarbeitern der Botschaft mit Partei- und Staatsfunktionären³⁶, Angehörigen der Intelligenz und Werktätigen in den Betrieben stützten. An den Berichten der Botschaft war außer der 1. EA des MfAA auch die ZK-Abteilung Außenpolitik/Internationale Verbindungen interessiert. Diese wertete nur zwei zentrale Organe aus. Soweit es sich um Beschlüsse der KPdSU handelte, interessierten diese auch die anderen Fachabteilungen des ZK.³⁷ Von den Berichterstattern, deren Namen und Rang in der diplomatischen Hierarchie (zum Beispiel 2. Sekretär) nicht immer unter dem Schriftsatz zu lesen war, wurde erwartet, daß sie eigene ‚Einschätzungen‘ lieferten.³⁸ Das war ein höchst gefährliches Unterfangen, weil solche Stellungnahmen das Mißfallen der Vorgesetzten im MfAA, in der Partei und im KGB erregen konnten. Wie die Berichterstatter diese gefährlichen Klippen zu umschiffen versuchten, wird in diesem Aufsatz darzustellen sein.

Die Konstanten, an denen sich die Berichterstattung über die KpdSU orientierte, waren die Parteitage und die Plenarsitzungen des ZK, die nach dem Monat und dem Jahr der Sitzung benannt wurden (z. B. November-Plenum 1962). Wichtige Berichte gingen in doppelter Ausfertigung an die Abteilung Außenpolitik/Internationale Verbindungen beim ZK.³⁹ Informationen, die geheimgehalten wurden, waren der Botschaft nicht zugänglich, so auch nicht der Wortlaut der von Chruschtschow in einer geschlossenen Sitzung des XX. Parteitags gehaltene Rede über die Verbrechen Stalins.⁴⁰

Die Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU (14. bis 25. Februar 1956) wurde Stalin erstmalig in öffentlicher Sitzung in einer Rede des Präsidiums-(Politbüro-) Mitglieds Anastas Mikojan kritisiert. Während der letzten zwanzig Jahre, so Mikojan, habe es keine kollektive Führung, sondern einen Personenkult gegeben, der im Widerspruch zu Marx stehe. Er kritisierte Stalins Schriften ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ und die ‚Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang‘. Am 25. Februar hielt der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita Chruschtschow, in einer nichtöffentlichen Sitzung eine Rede mit dem Titel ‚Über den Personenkult und seine Folgen‘.⁴¹

Die SED-Delegation, die an den öffentlichen Sitzungen des Parteitags teilnahm, bestand aus den Politbüro-Mitgliedern Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Karl Schirdewan und

36 Mitarbeiter der Botschaft sprachen mit sowjetischen Staatsfunktionären auch über reine Parteiangelegenheiten. So der Gesandte Professor Abraham am 31. Mai 1963 mit dem Leiter der 3. EA des sowjetischen Außenministeriums, Iljitschow, über die Vorbereitung des Juni-Plenums der KPdSU (PAAA. MfAA A 310, Bl. 173).

37 PAAA. MfAA A 611, Bl. 143 f. u. 171.

38 Abteilungsleiter 1. EA, Krolikowski, am 15. November 1961 an die Botschaft Moskau z. Hd. Gen. Prof. Abraham. (PAAA. MfAA A 874, Bl. 155).

39 1964 wurde die Bezeichnung Außenpolitik fallengelassen.

40 Die Entlarvung Stalins. Ein erschütterndes Dokument. Chruschtschows Rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU in Moskau. Berlin 1956.

41 Schapiro, Leonhard: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1961, S. 588 f.

dem Politbüro-Kandidaten Alfred Neumann. In der Nacht vom 25. auf den 26. Februar übersetzte ein Beauftragter des ZK der KPdSU den deutschen Gastdelegierten Chruschtschows Geheimrede, die Schirdewan mitschrieb. Am 29. Februar berichtete dieser in Berlin den übrigen Mitgliedern des Politbüros und den ZK-Sekretären über Verlauf, Thesen und Beschlüsse des Parteitags sowie ‚Enthüllungen‘ zum Personenkult. Die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros bestand darauf, ‚zunächst keine Inhalte weiterzugeben, sich abwartend zu verhalten und jede eigenständige Schlußfolgerung aus dem XX. KPdSU-Parteitag für die politische Arbeit der SED zunächst zu vermeiden oder hinauszuzögern‘.⁴² Daß es auch anders gegangen wäre, bewies das Sekretariat des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiter-Partei (PVAP), das den Druck von 20 000 Exemplaren dieser Geheimrede beschloß.⁴³

Die DDR-Botschaft Moskau brauchte mehrere Wochen, bis sie sich über den XX. Parteitag äußerte. Am 19. April 1956 schickte sie dem MfAA den Bericht ‚Die Rolle der Presse der Sowjetunion bei der Vorbereitung und Auswertung des XX. Parteitages der KPdSU‘, an dem man erkennen kann, daß ein frischer Wind wehte. Alle Zeitungen bemühten sich plötzlich um ein ansprechenderes Erscheinungsbild, sie druckten mehr Fotos, Karikaturen und Zeichnungen, verzichteten auf lange Beiträge und versuchten alles in allem, den Umbruch für den Leser interessanter zu gestalten.⁴⁴

Einem Schreiben vom 7. Juli (!) 1956, das vom Attaché Herbert Krolkowski unterzeichnet wurde, der im MfAA noch Karriere machen sollte,⁴⁵ war der Bericht ‚Wie wirkt sich der Kampf gegen den Personenkult nach dem XX. Parteitag aus?‘ beigefügt. Darin heißt es, seit dem Parteitag würden in Versammlungen der Parteiorganisationen exemplarisch die Schäden aufgezeigt, die dem sowjetischen Volk durch den Personenkult auf innenpolitischem und außenpolitischem Gebiet entstanden seien. ‚In diesem Zusammenhang wurde die Tätigkeit J. W. Stalins kritisch betrachtet und seinen Verdiensten in der Geschichte der richtige Platz zugewiesen.‘ In den Diskussionen seien auch Kräfte aufgetreten – sogar Mitglieder der KPdSU – die sich zum Sprachrohr der westlichen Sender gemacht hätten. Auf dem Gebiet der Kriegswissenschaften würden durch Veröffentlichung von bisher unbekanntem Dokumenten die Aussprüche Stalins widerlegt, daß Lenin von der Militärwissenschaft nur wenig Kenntnis gehabt habe. Zum Beleg für Lenins Verdienste bei der Gründung der Roten Armee seien Dokumente des VIII. Parteitages (1919) zu beachten.⁴⁶

An den Akademien, Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen würden Kollektive von Wissenschaftlern gebildet, die damit beschäftigt seien, die Schriften J. W. Stalins und die in diesem Zeitabschnitt entstandenen Werke – darunter auch das Buch ‚Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ – zu überarbeiten. Der frische Wind habe auch die Werktätigen erfaßt. Sie würden plötzlich auch in der sowjetischen Presse Minister und leitende Wirtschaftsfunktionäre scharf kritisieren. Die Redaktionen würden großen Wert darauf legen, daß die Kritisierten an der gleichen Stelle antworteten.

42 Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster 2003, S. 417 f. Am 22. März 1957 wurde den Mitgliedern des ZK und am 26. März 1957 den Delegierten der 3. Parteikonferenz der ganze Text verlesen (ebd., S. 420).

43 Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 147.

44 PAAA. MfAA A 859, Bl. 26 u. 71.

45 Herbert Krolkowski war von 1975 bis 1990 Staatssekretär und 1. Stellvertreter des Ministers. 1976 wurde er Mitglied des ZK. Vgl. dazu Müller-Enbergs, Helmut u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin 2000, S. 478.

46 PAAA. MfAA A 859, Bl. 77 f.

Die Examensarbeiten an den Universitäten sollten auf einmal ‚schöpferische Arbeiten‘ sein, ‚welche die eigenen Gedanken und Meinungen des betreffenden Studenten enthalten‘. Der Bericht äußert sich ausführlich zum Bilderkult. Zum 1. Mai seien in den Schaufenstern die Bilder der Mitglieder des Präsidiums des ZK⁴⁷ zu sehen gewesen, nur in einigen Fällen auch Bilder von Stalin. In den Museen, so der Bericht weiter, hingen fast ausschließlich Bilder, die Stalin gemeinsam mit anderen Mitgliedern des ZK bei der Arbeit zeigten. Die Bilder, auf denen Stalin und Lenin gemeinsam gezeigt würden, seien in den meisten Fällen durch Bilder ersetzt worden, auf denen noch andere leitende Genossen angebildet gewesen seien.

Filme, die J. W. Stalin verherrlichten, seien eingezogen worden. Bei der Namensgebung von Betrieben und Kolchosen würden Bezeichnungen nach noch lebenden Personen nicht mehr vorgenommen, die Bezeichnung J. W. Stalin werde nach und nach weggelassen. Ein neuer Stil im Auftreten der ‚leitenden sowjetischen Genossen‘ kündigte sich an. Sie würden alle Gelegenheiten zur Herstellung einer engen Verbindung zu den Werktätigen wahrnehmen, sowjetische Staatsmänner würden im offenen PKW durch die Straßen Moskaus fahren. Der Bericht trägt keine Unterschrift. Die Anlage enthält dreizehn Literaturangaben.⁴⁸

Die ‚Entlarvung‘ der ‚Parteifeinde‘

Am 18. Juni 1957 setzten in einer Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU die Mitglieder Molotow, Malenkow, Kaganowitsch, Woroschilow und Bulganin mit sieben zu vier Stimmen den Beschluß durch, dem ZK die Entlassung des Ersten Sekretärs Chruschtschow zu empfehlen. Dem Angegriffenen gelang es, wegen der Abwesenheit einiger Mitglieder die Sitzung auf den nächsten Tag zu verschieben. Mit Hilfe des zum Verteidigungsminister ernannten Marschalls Shukow ließ er nicht nur die fehlenden Präsidiumsmitglieder, sondern auch ausgewählte ZK-Mitglieder nach Moskau holen. Diese forderten Rederecht und erreichten die Verlängerung der Sitzung auf vier Tage. In diesem Zeitraum trafen weitere ZK-Mitglieder ein. Am 22. Juni begann die ZK-Sitzung, die den Ersten Sekretär im Amt bestätigte und seine Opponenten zur ‚parteifeindlichen Gruppe‘ erklärte. Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Außenminister Schepilow wurden aus dem Parteipräsidium, der Regierung und dem ZK ausgeschlossen. Das Schicksal der anderen an dem Putsch Beteiligten war milder: Saburow wurde nur aus dem Parteipräsidium entlassen, Perwuchin wurde zum Kandidaten herabgestuft, Bulganin blieb bis März 1958 Vorsitzender des Ministerrates und bis September 1958 Präsidiumsmitglied, Woroschilow blieb bis Sommer 1960 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets und Parteipräsidiumsmitglied.⁴⁹

Der 3. Sekretär der DDR-Botschaft Moskau, Kerff, informierte das MfAA über eine Versammlung des Moskauer Parteiaktivs am 11. Februar 1959. In dieser betonte der 1. Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU, Ustinow, daß der (XXI.) Parteitag (27. Januar bis 5. Februar 1959), die gesamte Partei und das Sowjetvolk leidenschaftlich und einmütig die beschlossenen Maßnahmen des ZK der Partei gebilligt hätten. Zudem habe man beschlossen, die parteifeindliche Gruppe von Malenkow, Kaganowitsch, Molotow, Bulganin und Schepilow, welche die Einheit der Partei zerstören und vom Leninschen

47 Auf dem XIX. Parteitag (1952) wurden das Politbüro und das Orgbüro zusammengelegt und in Präsidium des ZK umbenannt. Auf dem XXIII. Parteitag (1966) wurde die alte Bezeichnung Politbüro wieder eingeführt und die Funktion des Ersten Sekretärs in Generalsekretär des ZK umbenannt.

48 PAAA. MfAA A 859, Bl. 79 ff.

49 Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. München 1998, S. 765 f.

Weg abbringen wollte, zu entlarven und ideologisch zu zerschlagen. Kein Wort darüber, worin die zerstörerischen Absichten der Ausgeschlossenen bestanden. Den zitierten Worten schloß sich die Behauptung an, daß der Parteitag eine außerordentliche Geschlossenheit gezeigt habe. Die KPdSU sei wie nie zuvor geschlossen und einheitlich aufgetreten, ‚um ihr Leninsches ZK geschweißt, von unbesiegbarer schöpferischer Energie erfüllt‘ und sei fähig, ‚auf Leninsche Art und Weise die großen Aufgaben des kommunistischen Aufbaus zu lösen‘.⁵⁰

Sogleich schlossen sich Schlußfolgerungen für die marode Wirtschaft an, die im Referat und in der Diskussion gezogen worden waren. Alle Reserven der Volkswirtschaft sollten für die Erfüllung des Sieben-Jahres-Planes mobilisiert werden. Ustinow rief zu einem Feldzug gegen Mißwirtschaft, Verschwendung und ‚nachlässiges Verhalten gegenüber dem Volksgut‘ auf. Das Gewicht der Maschinen sollte verringert und ihre Konstruktion verbessert werden. Zudem sollten neue, fortschrittlichere Materialien zum Einsatz kommen. Der Berichterstatter fügte in Klammern hinzu, daß damit ‚vor allem Plaste und Kunstfasern‘ gemeint waren. Zudem wurde erwähnt, daß Chruschtschow die Ausstellung über die Verwendung von Plasten im Bauwesen der DDR lobend erwähnt habe. In der Diskussion wurde kritisiert, daß einige Gewerkschafts- und Komsomol-Organisationen bestimmte ‚gesellschaftsfeindlicher Erscheinungen‘ nicht zur Kenntnis nehmen würden. Zum Schluß fanden die Beschlüsse des Parteitags in einer Resolution der Parteiaktivversammlung ‚volle Billigung‘.⁵¹

Der XXII. Parteitag (17. bis 31. Oktober 1961) stand ganz im Zeichen der Entlarvung und Verdammung vermeintlicher Parteifeinde. In einer Information über einige Probleme der Entwicklung der Partei auf dem XXII. Parteitag der KPdSU vom 21. November 1961 heißt es, Chruschtschow habe mitgeteilt, daß die Gemaßregelten, zu denen noch Woroschilow, Saburow und Perwuchin kamen, gegen den Kurs des XX. Parteitages erbitterten Widerstand geleistet hätten. Alle bezeichnete er als die ‚Hauptverantwortlichen für die Massenrepressalien gegenüber Partei-, Verwaltungs- und Komsomolkadern‘. Mikojan sagte mit Blick auf die Intentionen der siegreichen Mehrheit: ‚Es ging um die Ausarbeitung einer Politik, die den erfolgreichen Aufbau des Kommunismus in unserem Land sichern und es ermöglichen sollte, einen Weltkrieg zu verhindern.‘ Der Chefredakteur der *Prawda* betonte, daß Stalin jahrelang geschwiegen und sich nicht zu brennenden Problemen des Aufbaus der Sowjetunion in der Periode nach dem Krieg geäußert habe, dafür aber der Partei monatelang eine Diskussion über Fragen der Sprachwissenschaften aufgezwungen habe. ‚Der ‚theoretische Gott‘ Stalin ließ alles unterdrücken, was seinem Ruhm in irgendeiner Form abträglich sein konnte.‘

Es wurde behauptet, daß es sich bei der Auseinandersetzung mit den Parteifeinden nicht um taktische Meinungsverschiedenheiten gehandelt habe, sondern um die ‚Generallinie der Partei‘. Gerade das muß allerdings bezweifelt werden, wenn man erfährt, daß Malenkow die Theorie der Einschränkung der Schwerindustrie vertreten habe⁵² und allen neun der Widerstand gegen die Erschließung des Neulandes, die Veränderungen der Leitung der Volkswirtschaft, die Auflösung einiger Ministerien und die Schaffung von Volkswirtschaftsräten zur Last gelegt wurde.⁵³

50 PAAA. MfAA A 307, Bl. 27.

51 Ebd., Bl. 27, 30 f.

52 Wenn er sich damit durchgesetzt hätte, wäre die Entwicklung der Sowjetunion vermutlich nicht so verhängnisvoll verlaufen. Erst unter Gorbatschow hat man erkannt, daß eine Konsumgüterindustrie den Wohlstand eines Volkes vermehrt, doch da war es für eine Kurskorrektur bereits zu spät.

53 PAAA. MfAA A 874, Bl. 66 f., 69 f.

Die Liste der Verfehlungen der „Parteifeinde“ war lang. Molotow habe durch die Entwicklung der Theorie der „Volksfeinde“ die theoretische Grundlage für die Massenrepressionen geschaffen. Er sei persönlich verantwortlich für die Ermordung vieler alter Kommunisten, Vertreter der Wissenschaft und Kultur. Kaganowitsch sei einer der Hauptverantwortlichen für die Massenrepressionen in vielen Teilen der Sowjetunion. Zusammen mit Malenkow sei er verantwortlich für die Ermordung hervorragender Funktionäre im Zusammenhang mit der sogenannten „Leningrader Affäre“.⁵⁴ Der Ukrainer Podgorny berichtete, daß Kaganowitsch als 1. Sekretär der KP der Ukraine viele führende Kader umbringen ließ. In den Archiven der Staatssicherheit befänden sich viele persönliche Briefe Kaganowitschs an das NKWD, auf deren Rundlage viele hervorragende Kader verhaftet worden seien. Als Volkskommissar für das Eisenbahnwesen habe er sich nur durch Intrigen, Verleumdungen und Verhaftung aller führenden technischen und politischen Kader des Eisenbahnwesens halten können. „Er, der sich in Speichelleckerei vor Stalin nicht genug tun konnte, wollte den Begriff des Marxismus-Leninismus durch Stalinismus ergänzen.“ Malenkow sei für Massenrepressalien in Leningrad vor und nach dem Kriege, in Belorußland 1935/36, in Armenien sowie Georgien und vielen Gebieten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) verantwortlich. „Vom Leben des Sowjetvolkes weit entfernt, spielte er sich auf als Spezialist in vielen Fragen der Wirtschaft, mischte sich in die Probleme der Landwirtschaft ein.“⁵⁵

Woroschilow war ein Sonderfall. Er sei an der Tätigkeit der parteifeindlichen Gruppe beteiligt gewesen, habe sich aber, als er merkte, daß diese keine Resonanz im ZK fand, sofort auf die Seite der Mehrheit des ZK gestellt, die parteifeindliche Gruppe verurteilt, seine Fehler offen zugegeben und der Partei durch seine große Autorität geholfen, die parteifeindliche Gruppe zu zerschlagen. Trotzdem hätten einige Delegierte darauf hingewiesen, daß Woroschilow von der Partei zu gut behandelt werde, denn er wurde nur nicht wieder ins ZK gewählt.

Zu dem „Neuen und Progressiven“, dem sich die neun „wütend“ widersetzt hätten, gehörten die Rehabilitierung der unschuldig Verurteilten, die Herausgabe einer neuen Geschichte der KPdSU⁵⁶, die Politik der friedlichen Koexistenz, die Herstellung persönlicher Kontakte mit den Staatsmännern anderer Länder und die Erweiterung der Rechte der unteren Staatsorgane.⁵⁷

Zu welchem Funktionärstyp der Personenkult geführt habe, erläuterte Chruschtschow in seinem Rechenschaftsbericht. Es seien Mängel aufgetreten wie das Administrieren, das Vertuschen von Fehlern und die übergroße Vorsicht und Furcht vor Neuem. Weit verbreitet seien Funktionäre „mit dem Charakter von Kriechern, Ja-Sagern, Betrügern“. Überdies verstünden viele nicht, mit staatlichen Geldern umzugehen.⁵⁸

54 Ein 1949/50 von Berija und Malenkow erfundenes hochverräterisches „Komplott“, das zum Sturz der Anhänger Shdanows führte, des unter ungeklärten Umständen verstorbenen Chefideologen. Unter anderen wurden hingerichtet: das Politbüromitglied Wosnessenski, der ZK-Sekretär Kusnezow, der Vorsitzende des Ministerrats der RSFSR, Rodionow, und der Leningrader 1. Sekretär Popkow. Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, S. 684; Torke, Hans-Joachim (Hrsg.): Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. München 1993, S. 374.

55 PAAA. MfAA A 874, Bl. 68 f. Ob der Berichterstatter der DDR-Botschaft insgeheim daran gedacht hat, daß der Vorwurf, sich in die Probleme der Landwirtschaft einzumischen, viel mehr gegen Chruschtschow erhoben werden konnte, der im übrigen in der Periode der großen Säuberungen auch 1. Sekretär der KP der Ukraine war?

56 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berlin 1960. Russische Originalausgabe Moskau 1959.

57 PAAA. MfAA A 874, Bl. 70.

58 Ebd., Bl. 59.

Die Mehrheit der Delegierten forderte den Ausschluß der „partei-feindlichen Gruppe“ aus der Partei. Chruschtschow schlug die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Personenkults vor, und der Parteitag billigte das. Auf Vorschlag der ukrainischen Delegation, der sich viele andere anschlossen, faßte der Parteitag den Beschluß, den Sarg Stalins aus dem Lenin-Mausoleum zu entfernen. Der Berichterstatter der Botschaft, Attaché Girndt, vermerkte in einer Klammer, daß dieser Beschluß bereits verwirklicht worden sei. In den Verteiler seiner Information wurden aufgenommen: „2 x ZK, 2 x 1. EA, 2 x Botschaft“.⁵⁹ Abteilungsleiter Krolkowski schrieb daraufhin am 15. November 1961 dem Gesandten Professor Abraham, daß ein Mangel an den meisten Berichten das Fehlen von „Einschätzungen“ durch die Botschaft sei. Er sei sich jedoch darüber im klaren, daß diese Frage „das schwierigste Problem gerade bei der Anfertigung von Berichten zu Fragen des XXII. Parteitages der KPdSU“ sei.⁶⁰

Die Berichte der DDR-Botschaft über die Entstalinisierung lassen auch erkennen, daß in Parteikreisen und der Bevölkerung Kritik an der Verurteilung Stalins geübt wurde. In einem vertraulichen Bericht vom 8. Januar 1962, der ebenfalls vom Attaché Girndt unterschrieben worden war, hieß es, besonders Studenten und einfache Sowjetbürger hätten zum Ausdruck gebracht, daß man Stalins gewaltige Leistung nicht verkleinern dürfe. Dazu zählten sie ausgerechnet die Kollektivierung der Landwirtschaft – und den „Sieg über den Faschismus“. „Im gleichen Zusammenhang wurde hin und wieder gesagt, Chruschtschow soll erst einmal zeigen, was er kann“.⁶¹ Aus der Sicht des Berichterstatters der Botschaft hätten sich die Beschlüsse des XX. Parteitags zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Lösung der Wohnungsprobleme noch nicht auf die breite Masse der Bevölkerung ausgewirkt. Ein „sowjetischer Genosse“ habe dazu bemerkt, Gesetzlosigkeit und Machtmißbrauch hätte die breite Masse der Bevölkerung nicht tangiert, da sie fast ausschließlich den Funktionsapparat, die Intelligenz, die Künstler und das Offizierskorps betroffen hätten. Ein Genosse aus dem ZK-Apparat habe geäußert, daß die Geschichte Stalin nicht die falsche Politik in den letzten Monaten vor Beginn des Krieges und die „große Vernachlässigung der Landwirtschaft“ verzeihen werde.

Auf einem Empfang, den die Botschaft während des XXII. Parteitages gegeben hatte, habe ein führender sowjetischer Historiker, nach seiner Meinung über den gerade veröffentlichten Beschluß über die Entfernung Stalins aus dem Mausoleum befragt, geantwortet: „Ich stimme mit beiden Händen für diesen Beschluß. Die Entfernung des Leichnams Stalins aus dem Mausoleum ist allerdings nur Symbol. Was den Personenkult betrifft, so ist das eine sehr beschönigende Bezeichnung. Wir Historiker haben diese Zeit am eigenen Leibe gespürt. Auf die Wissenschaft hat sich das furchtbar ausgewirkt. Stalin hat den Krieg in Korea angezettelt, die Chinesen kämpfen lassen und mit den Fragen der Sprachwissenschaft von den Problemen ablenken wollen. Es muß allerdings gesagt werden, daß die vielen kleinen Stalins, die überall noch sitzen, ebenfalls beseitigt werden müssen.“

Der Berichterstatter schließt diesem Zitat den Satz an: „Ähnliche Äußerungen gibt es eine ganze Reihe.“ Von den Maßnahmen, die dem XXII. Parteitag folgten, zum Beispiel die Umbenennung von Straßen und die Beseitigung von Denkmälern, habe die Umbenennung von Stalingrad in Wolgograd „große Diskussionen und z. T. ablehnende Einstellungen“ ausgelöst. In den ersten Tagen nach dem Parteitag habe es in der Presse Stellungnahmen von Angehörigen von Opfern der Massenrepressalien in der Zeit des

59 Ebd., Bl. 71 f.

60 Ebd., Bl. 155.

61 PAAA. MfAA A 309, Bl. 10 f.

Personenkults gegeben, in denen sie ihre Unterstützung für die Politik der Partei und ihres ZK zum Ausdruck gebracht hätten.

Ein Exemplar dieses Berichts ging an den Minister (-Stellvertreter) König, ein Exemplar an die ZK-Abteilung Außenpolitik/Internationale Verbindungen, eins an Krolkowski 1. EA und ein weiteres an die Botschaft.⁶²

Der „umfassende Aufbau“ des Kommunismus nach dem XXII. Parteitag der KPdSU

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde das 3. Parteiprogramm der KPdSU beschlossen. Dieses versprach, daß bis 1970 die UdSSR die USA in der Pro-Kopf-Produktion übertroffen haben und die landwirtschaftliche Produktion auf das Zweieinhalbfache steigen werde. Im Jahre 1980 werde in der Sowjetunion die Industrieproduktion auf mindestens das Sechsfache und die landwirtschaftliche Produktion auf das Dreieinhalbfache steigen. Sie, so das Versprechen, solle schneller als die Nachfrage und die Fleischproduktion auf das Vierfache wachsen. Die klassische Definition „Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!“ werde verwirklicht sein.⁶³ Man mußte kein Wirtschaftsexperte sein, um beim Lesen dieser Zahlen, die im *Neuen Deutschland* vom 31. Juli 1961 auf Seite eins in dicken Schlagzeilen angekündigt wurden, den Kopf zu schütteln. Wie hat sich die DDR-Botschaft Moskau aus diesem Dilemma befreit?

Schon vor dem Parteitag verlangten die ZK-Abteilung Außenpolitik/Internationale Verbindungen der SED und die 1. EA des MfAA einen Bericht über die Auswertung der Diskussion des damaligen Entwurfs des Parteiprogramms der KPdSU in der sowjetischen Presse. Er wurde am 5. September 1961 abgeschickt. Aufgrund des Zeitdrucks konnten keine Aussprachen in sowjetischen Betrieben geführt werden. Kein einziger Diskussionsbeitrag in der sowjetischen Presse übte Kritik an den übersteigerten Voraussetzungen für die Jahre 1970 und 1980. Vielmehr wurde behauptet, daß es sich um eine „wissenschaftlich begründete Aufgabe“ handelte, für deren Lösung notwendige Voraussetzungen vorhanden seien. Chruschtschows Äußerung, „die Siege im Kosmos und in der Arbeit, das ist die Hymne des Kommunismus“, läßt erkennen, worauf der Optimismus der führenden Genossen zurückzuführen war: auf die Erfolge der Sowjetunion in der Weltraumtechnik. Doch diese hatten mit dem zivilen Bereich der Wirtschaft – anders als in den USA – keinerlei Berührung. So werden als Hauptbedingungen für den Aufbau des Kommunismus genannt: Eine „kosmische Geschwindigkeit“ bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen, um zu gewährleisten, daß innerhalb von zehn Jahren die Arbeitsproduktivität um das Zweifache und innerhalb von zwanzig Jahren um das Vier- bis Viereinhalbfache gesteigert wird. Der Weg dahin war im wesentlichen die komplexe Mechanisierung und die Automatisierung, die Elektrifizierung des ganzen Landes,⁶⁴ die Produktion von 250 Millionen Tonnen Stahl im Jahr, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion innerhalb von zehn Jahren um das Zweieinhalbfache, innerhalb von

62 Ebd., Bl. 11 ff. u. 18.

63 Meissner, Boris: Das Parteiprogramm der KPdSU. 1903 bis 1961. Köln 1962, S. 143 ff.; Wenzel, Otto: Das Paradies versprochen – und ein Armenhaus geschaffen. In: Politische Studien Nr. 315/Januar/Februar 1991, S. 20 f.

64 In einer Information vom 26. Januar 1961, die offenbar in der 1. EA gefertigt wurde, hieß es, daß bis 1965 die Elektrifizierung der sowjetischen Landwirtschaft vollendet werden solle. „Bereits jetzt“ seien 70 Prozent der Kolchosen sowie nahezu sämtliche Sowchosen an das Stromnetz angeschlossen (!). Unter „Elektrifizierung“ würden wir allerdings etwas anderes verstehen (PAAA. MfAA A 308, Bl. 58 f.).

zwanzig Jahren um das Dreieinhalbfache. Und schließlich die Erschließung Sibiriens als dritte metallurgische Basis und die Umleitung der sibirischen Flüsse.⁶⁵

Aber dann mußten die Zeitungen zugeben, daß die Ausgangslage im Hier und Jetzt dürftig war: Acht Volkswirtschaftsräte, darunter Archangelsk, Tscheljabinsk, Kirow und Dnjepropetrowsk, hätten den Halbjahresplan nicht erfüllt, beim Juli-Plan seien Kalinin, Stalinsk und Karaganda unter der Vorgabe geblieben. Hauptursachen dieser Mängel seien das niedrige Niveau der Leitung, die schlechte Organisation der Produktion, die schlechte material-technische Ausstattung und die Versorgung der Betriebe. Dem „Kampf um höchste Qualität“ müsse breiter Raum eingeräumt werden. In der RSFSR sei im 1. Quartal 1961 durch Ausschuß ein volkswirtschaftlicher Schaden von 70 Millionen Rubel entstanden, mit denen eine Stadt für 50 000 Menschen hätte gebaut werden können.⁶⁶

In dieser Akte befindet sich der Auszug aus einem Vermerk, den Botschaftsrat Thun⁶⁷ am 4. August 1961 über eine Unterredung mit dem Alterspräsidenten der belgischen Abgeordnetenversammlung, Camille Huysmans, geführt hat. Dieser stellte fest, daß er mit allem im Entwurf des Parteiprogramms einverstanden sei bis auf die Tatsache, daß der Minderheit kein Recht gegeben sei, frei ihre Meinung zu äußern.⁶⁸ Auf den Rayonkonferenzen, die den XXII. Parteitag vorbereiteten, herrschte nicht nur Euphorie. So berichtete der 3. Sekretär Gniostko am 26. Januar 1961, daß eine scharfe Kritik den Verlauf der Diskussion bestimmt habe. So wurde kritisiert, daß die Fabrik „Dynamo“ viel Ausschuß produzierte. Scharf kritisiert wurde die Leitung der SIL-Werke, in denen die Inbetriebnahme von elf Linien vorgesehen gewesen sei, von denen aber nur sechs fertiggestellt worden seien. Dem schloß sich die unrealistische Selbstverpflichtung des Moskauer Baubetriebs Nr. 4 an, im Jahre 1961 alle Handarbeiten „bei Erdarbeiten, Vergießen von Beton, Parkettschleifen, Malerarbeiten“ zu beseitigen.⁶⁹

Bereits in der Zukunft schwelgte die Wirtschaftspolitische Abteilung der Botschaft am 11. November 1961 in einem Bericht über Fragen der Landwirtschaft auf dem XXII. Parteitag. Darin heißt es, die Landwirtschaft erhalte im neuen Programm die Aufgabe, den Stand der technischen Ausrüstung nach dem Niveau der Industrie zu erreichen, wozu die weitere Ausstattung der Sowchosen und Kolchosen mit Vollerntemaschinen, Traktoren und anderen Transportmitteln gehöre. Als Aufgaben auf dem Gebiet der Viehzucht wurden genannt:

	1960	1970	1980
Fleisch (Mio. Tonnen Schlachtvieh)	8,7	25	30–32
Milch in Mio. Tonnen	67,7	135	170–180
Eier in Mrd. Stück	27,4	68	110–116
Wolle in Tausend Tonnen	357	800	1045–1155

Zusammenfassend heißt es: „Auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte wächst der Wohlstand auf dem Lande. Die Kolchosdörfer verwandeln sich allmählich

65 Lt. Mitteilung Geyer vom 23.03.10 wurde die Umleitung der Flüsse schon unter Stalin geplant.

66 PAAA. MfAA A 874, Bl. 203 ff.

67 Da Thun kein Genosse war – er war Funktionär der NDPD –, wurde er als Kollege titulierte. Vorsitzender dieser Partei war Lothar Bolz, der von 1953 bis 1965 Außenminister war. Seit 1934 war er sowjetischer Agent. Vgl. Roewer, Helmut/Schäfer, Stefan/Uhl, Matthias (Hrsg.): Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert. München 2003, S. 42.

68 PAAA. MfAA A 874, Bl. 213.

69 PAAA. MfAA A 308, Bl. 58 ff.

in Siedlungen städtischen Typs (Agrostädte), und der Unterschied zwischen Stadt und Land verschwindet.“⁷⁰

Die traurige Wirklichkeit der sowjetischen Landwirtschaft erfahren wir in einer Information der 1. EA vom 26. September 1963 über die sowjetischen Weizenkäufe in Kanada und Australien, die sich in den Akten der Botschaft Moskau befindet. Demnach kaufte die Sowjetunion im September 1963 von Kanada rund 6,2 Mio. Tonnen Weizen, von Australien rund 1,6 Mio. Tonnen. Zur gleichen Zeit kaufte sie in „Westdeutschland“ 250 000 Tonnen Weizenmehl, während die DDR von der Sowjetunion in den vergangenen beiden Jahren jährlich 1,8 Mio. Tonnen Getreide, davon zwei Drittel Weizen, erhalten hatte.⁷¹ Zu den großen Weizenkäufen veranlaßt sähe sich die Sowjetunion durch die ungünstigen Witterungsumstände in großen Teilen der UdSSR. Die diesjährige Getreideernte werde daher bedeutend niedriger sein als erwartet. Bei dieser Gelegenheit wurde vermerkt, daß die USA gegenwärtig 31,3 Mio. Tonnen unverkaufte Weizenbestände aus früheren Jahren besitze.⁷² Es ist unwahrscheinlich, daß die Genossen Diplomaten, die diese Zahlen verglichen, darüber nicht ins Grübeln gekommen sind.

In der Akte „Berichte, Einschätzungen und Informationen der Botschaft der DDR in Moskau über Entwicklung, Organisation und Tätigkeit der KPdSU“ befindet sich eine „Information zur Vorbereitung des XXII. Parteitags der KPdSU“. Sie ist offenbar in der 1. Europäischen Abteilung des MfAA gefertigt und der Botschaft zugesandt worden. Darin heißt es, offensichtlich sei es der Angsttraum der herrschenden imperialistischen Kreise, die Pläne der Sowjetunion für den Aufbau des Kommunismus verwirklicht zu sehen. Deshalb werde in den imperialistischen Staaten, allen voran natürlich in Westdeutschland, der Versuch gemacht, mit antikommunistischen Ausfällen vermischte Zweifel in die Realität des Programms auszustreuen. Das zeige sich an Überschriften in der westdeutschen Presse wie „Moskaus Fata Morgana“ (*Süddeutsche Zeitung*) oder „Schlaraffenland versprochen“ (*Bonner Generalanzeiger*). Die Genossen hatten jedoch auch positive Äußerungen zu bieten. So habe der bekannte Historiker Isaac Deutscher (Verfasser von Stalin- und Trotzki-Biographien) in der *Deutschen Zeitung* vom 12./13. August 1961 geschrieben: „Wie der von Stalin 1946 proklamierte Fünfzehnjahresplan zur industriellen Entwicklung schließlich verwirklicht wurde, so wird sich wahrscheinlich auch dieser Plan in seiner Voraussage, das sowjetische Volkseinkommen werde um das Fünffache steigen, erfüllen und übererfüllen.“⁷³

Mehr als zwei Jahre nach dem Parteitag, am 22. April 1964, heißt es in einer Ausarbeitung der Politischen Abteilung, folgende Schwerpunkte seien gesetzt worden: auf wirtschaftlichem Gebiet die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, auf sozial-politischem die Heranbildung kommunistischer Beziehungen sowie auf ideologischem Gebiet die Erziehung der Menschen der kommunistischen Gesellschaft. Es sei vorgesehen, daß die Sowjetunion bis 1980 auf der Basis der höchstentwickeltesten Arbeitsproduktivität, der durchgängigen Automatisierung und der Chemisierung der Volkswirtschaft zur stärksten Industriemacht der Welt entwickelt werde.⁷⁴

Nach diesen einleitenden Bemerkungen wurde der gegenwärtige Stand bei der Verwirklichung der gestellten Aufgaben beschrieben: Der „Kampf“ um die Schaffung der

70 Ebd., Bl. 262, 284, 286 u. 290.

71 Die DDR hat der Sowjetunion jedoch häufig Roggen und Gerste geliefert (Mitteilung Geyer, 23.03.10).

72 PAAA. MfAA A 1143, Bl. 204 f.

73 PAAA. MfAA A 308., Bl. 8 u. 9 ff.

74 PAAA. MfAA C 965/71, Bl. 43 f.

materiell-technischen Basis habe zu einem Anstieg des Stahlausstoßes in den ersten fünf Jahren des Sieben-Jahres-Plans um 25 Millionen geführt. Die Erdölgewinnung sei um 92 Millionen Tonnen, die Stromproduktion um 177 Milliarden Kilowatt gestiegen. Weiterhin konnte die Bruttoproduktion der Chemieindustrie auf das 1,9fache, der Metallbearbeitung und des Maschinenbaus etwa um das Doppelte erhöht werden. Die Zahlen für die Konsumgüter- und Nahrungsmittelproduktion sahen hingegen bescheiden aus: 1,3 Milliarden Meter Wollstoffe und 90 Millionen Lederschuhe seien produziert worden. Die Arbeitsproduktivität sei bei verkürztem Arbeitstag in der Industrie um 25 Prozent gestiegen, im Bauwesen um 28 und im Eisenbahnwesen um 27 Prozent. Zur Schaffung einer „leistungsfähigen, hochproduktiven Landwirtschaft“ und zur Erzielung eines Überflusses an hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrie seien durch Erschließung von Neu- und Brachland⁷⁵ in diesem Zeitraum zusätzlich 8,6 Milliarden Pud Warengetreide aufgebracht worden. Das Februar-Plenum der KPdSU beschloß die Intensivierung der Landwirtschaft. Wie die Produktivität der Landwirtschaft erhöht werden sollte, wurde nicht gesagt.

Dieser zum Teil ernüchternden Aufstellung folgte der Satz, daß die UdSSR Ende 1963 bereits mehr industrielle Erzeugnisse produziert habe als England, Frankreich, Italien, Kanada, Japan, Belgien und die Niederlande zusammen. Die Bundesrepublik Deutschland war in dieser Aufstellung nicht enthalten. Der Umfang der industriellen Produktion habe 1957 47 Prozent der US-Produktion betragen, 1962 sogar 63 Prozent.

Im Zuge der Herausbildung kommunistischer Gesellschaftsbeziehungen hatten mehr als 500 Städte faktisch keine bezahlten Verwaltungsorgane mehr, sondern lediglich vier bis sieben hauptamtliche Mitarbeiter: den Vorsitzenden des Exekutivkomitees (Bürgermeister), seinen Stellvertreter, den Inspektor für Wohnungs- und kommunale Fragen, den Buchhalter, den Beauftragten für Personenstandswesen und den Archivar. Von besonderer Bedeutung sind die Maßnahmen des November-Plenums 1962, denen zufolge die Sowjets von der Leitung der örtlichen Wirtschaft befreit wurden, um sich ausschließlich der kulturellen und sozialen Betreuung der Bevölkerung zu widmen.

Das Juni-Plenum 1963 hatte als Schwerpunkt die ideologische Arbeit. Dazu gehörte die Erziehung der Menschen zur „Liebe zur Arbeit“. Bereits 26 Millionen Arbeiter und Angestellten beteiligten sich an der Bewegung zur kommunistischen Arbeit. Mehr als 2 600 Betriebe, über 50 000 Betriebsabteilungen und 400 000 Brigaden haben den Ehrentitel „Kollektiv der kommunistischen Arbeit“ erhalten. In den Wohngebieten sollten schrittweise kommunistische Wohn- und Lebensverhältnisse eingeführt werden. Die Ideologische Kommission beim ZK der KPdSU hat bis Ende 1963 ein ganzes Programm zur Verstärkung der atheistischen Propaganda entwickelt.⁷⁶

Nach diesem Zahlenrausch über den Überfluß im Kommunismus nimmt sich die Einschätzung der Erfüllung des Jahresplans 1963 und des Plans 1964/65 der UdSSR ernüchternd aus. Bei der Getreideproduktion wurde der Plan 1963 nur mit 67 bis 77 Prozent erfüllt, bei Zuckerrüben mit 60, bei Fleisch mit 75, bei Milch mit 66,5 und bei Eiern mit 91,5 Prozent. Der Rückgang der Viehbestände weist vom 01. 01. 1963 bis zum 01. 01. 1964 folgende Zahlen auf: Rindvieh 1,5 Prozent, Schafe und Ziegen 4,5 Prozent. Der Mitarbeiter der DDR-Botschaft Moskau kommt zu folgender Schlußfolgerung: „Die

75 Auf dem mit großem propagandistischem Aufwand in Kasachstan gewonnenen Neuland hingen die Ernten von der Witterung ab. Wegen der „Kultivierung“ des Landes wirkte sich die Winderosion besonders verheerend aus. Vgl. Heller, Michael/Nekrich, Alexander: Geschichte der Sowjetunion. Band 2. Königstein/Ts. 1982, S. 233.

76 PAAA. MFAA C 965/71, Bl. 44 ff.

in den tierischen Kennziffern für 1964 vorgesehenen Zahlen erscheinen somit bereits heute als unerfüllbar, und die seit Jahren vorherrschende Stagnation in der tierischen Produktion wird sich sogar vorübergehend in einen Rückgang verwandeln.“⁷⁷ Wer denkt da nicht wehmütig an die im 3. Parteiprogramm für 1980 versprochene Steigerung der Fleischproduktion auf das Vierfache!

Auf dem Weg zum Kommunismus ist der Parteiapparat verkleinert worden. Wie es in der Information vom 2. November 1961 über einige Probleme der Entwicklung der Partei auf dem XXII. Parteitag der KPdSU⁷⁸ heißt, ist die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre von 1955 bis 1960 um 25,2 Prozent verringert worden, die Zahl der technischen Mitarbeiter um 22,7 Prozent. Viele der freigesetzten Mitarbeiter seien in Sowchosen und Kolchosen geschickt worden. Die Ausgaben des Parteibudgets seien in den örtlichen Parteiinstitutionen um acht Prozent, im zentralen Apparat um 18,9 Prozent gesenkt worden. Die freigewordenen Gebäude seien in 173 Krankenhäuser und Polikliniken, in 91 Schulen und 120 Internatsschulen, in 41 Kindergärten und -krippen und in 74 Hochschulen ungewandelt worden. Aus diesen Zahlen läßt sich der umfangreiche Gebäudebestand der KPdSU ermessen. Trotzdem erscheinen sie unglaublich.

Mit dem Abbau einher ging die Zunahme der ehrenamtlichen Parteifunktionäre. In den siebzehn Moskauer Rayonkomitees arbeiteten 34 000 Kommunisten in 6 000 Parteikomitees. Sie spielten eine große Rolle bei der Kadererziehung, der Vorprüfung von Aufnahmen in die Partei, beim Ausschluß aus der Partei, bei der Durchsetzung von Beschlüssen und der Einführung neuer Technik. 1 000 ehrenamtliche Instruktoren würden als Verantwortliche der Grundorganisationen der Partei eingesetzt. Um Basisnähe zu demonstrieren, hätten führende Parteifunktionäre mit Chruschtschow an der Spitze laufend Grundorganisationen der Partei, Gebiete, Unionsrepubliken, Städte, Kolchosen und Betriebe aufgesucht, um sich von ihrer Arbeit zu überzeugen und „konkrete Anleitung in den verschiedensten Fragen“ zu geben.

Chruschtschows letzte große Reform waren die Beschlüsse des November-Plenums 1962 des ZK der KPdSU. Der Abteilungsleiter 1. EA des MfAA verlangte von der Botschaft immer wieder Informationen über dieses Plenum. Am 15. Januar 1963 mahnte er vom Gesandten Professor Abraham Einschätzungen der Probleme der Verwirklichung der Beschlüsse an.⁷⁹ In den folgenden Wochen schickte die Botschaft mehrere Berichte über Teilaspekte dieser Reform. Am 19. April 1963 lag der in der 1. EA ausgearbeitete Bericht über die Verwirklichung der Beschlüsse vor. Die Grundgedanken dieser Reform waren die Konzentration aller Kräfte auf die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne bei „rationellster und wirksamster Ausnutzung aller materiellen und finanziellen Ressourcen, der vorhandenen Arbeitskraft, der Naturreichtümer sowie die radikale Beseitigung der noch unnötig anfallenden Kosten und Verluste in der Produktion.“ Die gesamte Volkswirtschaft sollte auf das Niveau der Erfordernisse der „Periode des entfalteten Aufbaus des Kommunismus“ gehoben werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sei der Parteaufbau nach dem Produktionsprinzip umgestaltet worden. Entsprechende Veränderungen wurden im Unions- und Republikmaßstab und im Staatsapparat durchgeführt.⁸⁰ Auch die Komsomol- und die Gewerkschaftsorgane wurden reorganisiert.

77 Ebd., Bl. 79, 90 f.

78 PAAA. MfAA A 874, Bl. 50 ff.

79 PAAA. MfAA A 310, Bl. 13.

80 Ebd., Bl. 106.

Der Parteiapparat wurde unterhalb des ZK der KPdSU zweigeteilt in das Büro der ZK der KPdSU für die Leitung der Industrieproduktion und in das Büro des ZK der KPdSU für die landwirtschaftliche Produktion. Diese Zweiteilung setzte sich auf der Ebene der ZKs der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, der Gebietskomitees, der Stadtkomitees und der Grundorganisationen fort. Der für Parteiorgane zuständige Sekretär des ZK, Titow, sagte am 15. Februar 1963 auf einer Konferenz der Botschafter der sozialistischen Länder (außer Jugoslawien), daß diese Maßnahmen am 1. Februar 1963 in der gesamten Union verwirklicht worden seien.⁸¹

In dem oben zitierten Bericht der 1. EA hieß es, schon zeigten die bisherigen Ergebnisse, daß die neue Struktur eine bessere Leitung der Volkswirtschaft durch die Partei ermögliche. In die neuen Parteikomitees und Apparate seien gut ausgebildete Fachleute für Industrie und Landwirtschaft gewählt bzw. eingesetzt worden, die über gute organisatorische Fähigkeiten verfügten. Außer dem Obersten Volkswirtschaftsrat des Ministerrats der UdSSR als höchstem staatlichem Koordinierungsorgan für die Leitung der Industrie und des Bauwesens seien Komitees für Partei- und Staatskontrolle auf allen Ebenen geschaffen worden. Sie führten bereits in den Monaten Februar und März eine „Massenkontrolle“ über die Bereitschaft der Kolchosen und Sowchosen zur Frühjahrsbestellung durch. Eine zweite „Massenkontrolle“ auf Bahnstationen, in Häfen und auf Umschlagplätzen galt der Lagerung und Verladung von volkswirtschaftlichen Gütern und Nahrungsmitteln zur Verhinderung von Mißständen.⁸²

In einem Schreiben an den ZK-Sekretär Mittag berichtete der Stellvertreter des Ministers König am 12. Januar 1963 über ein Gespräch, das ein Mitarbeiter der Botschaft mit einem Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der KPdSU, Ryshkow, über Fragen des November-Plenums geführt hatte. Dieser empfahl, Partei-delegationen zum Studium der technischen Politik in den einzelnen Industriezweigen nach Moskau zu schicken. Die Delegationen sollten industriezweigbezogen sein, zum Beispiel Chemie, Elektrotechnik oder Bauindustrie, und in einer guten fachlichen Zusammensetzung die Möglichkeit des Studiums der neuen Gesichtspunkte erhalten. Der Ministerrat habe eine neue Verordnung mit der Orientierung auf die Bestnormen herausgegeben. In der UdSSR liege eine Reihe guter Erfahrungen vor, die auch „wir“ (die DDR) ausnutzen könnten.⁸³

Das Oktober-Plenum 1964 und der Sturz Chruschtschows

Chruschtschow hatte als 1. Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerates der UdSSR durch seine überstürzten Reformen die Mitglieder des Parteipräsidiums gegen sich aufgebracht, so unter anderem durch die Dezentralisierung der volkswirtschaftlichen Planungskompetenzen, den Fehlschlag des massenhaften Anbaus von Futtermais, der Flächen für den Getreideanbau in Beschlag nahm, was 1963 zu den empfindlichsten Ernteeinbußen seit Jahren führte und zum Import von Getreide zwang. Während seines Urlaubs am Schwarzen Meer fand am 11. Oktober 1964 eine Sitzung des Parteipräsidiums statt, das Chruschtschow aufforderte, zur Beratung einer neuen Agrarpolitik nach Moskau zu kommen. Formeller Anstoß war Chruschtschows Ankündigung des Übergangs zum Acht-Jahres-Plan in einer gemeinsamen Sitzung von Parteipräsidium und Ministerrat der UdSSR am 26. September 1964, die nicht mit der Führung der KPdSU abgestimmt war, und das Memorandum „Über die Landwirtschaftsführung

81 Ebd., Bl. 73.

82 Ebd., Bl. 111 f. u. 115 f.

83 Ebd., Bl. 7 ff.

in Verbindung mit dem Übergang zur Intensivierung“. Das Präsidiumsmitglied Suslow hielt die „Anklagerede“, und nach einer erregten Ausspreche, in der zum Schluß niemand mehr zu ihm hielt, wurde Chruschtschow gezwungen, schriftlich ausÄmter Gesundheitsgründen um seine Ablösung von allen n zu bitten. Am nächsten Tag wurde diese „Bitte“ in der ZK-Sitzung verlesen, in der sein Sturz bestätigt wurde.⁸⁴

Als erste Reaktion der Botschaft auf den Sturz Chruschtschows fand der Verfasser eine „Information“ der Kulturabteilung vom 5. November 1964. Darin heißt es, die Mitteilung über die „Ablösung“ des Genossen Chruschtschow habe überall Überraschung hervorgerufen. Einige Künstler und Kulturschaffenden hätten erklärt, daß es bei vielen von ihnen ein gewisses Bedauern darüber gebe, daß diese Ablösung so plötzlich und ohne eine Würdigung der Verdienste Chruschtschows erfolgt sei. Seit längerer Zeit habe es in einer Reihe von Fragen Unzufriedenheit mit dem Auftreten von Chruschtschow gegeben, vor allem, weil er sich in vielen Fragen selbstherrlich eingemischt habe, ohne über eine ausreichende Sachkenntnis zu verfügen. Es wäre besser gewesen, er hätte zu bestimmten Fragen von Kunst und Literatur Fachleute auftreten lassen. Es gebe unter den Künstlern und Kulturschaffenden das Bedürfnis, Einzelheiten über die ZK-Sitzung zu erfahren, in der die „Ablösung“ beschlossen wurde, da eine gewisse Unzufriedenheit mit der Berichterstattung bestehe. Nach Aussagen einer Reihe sowjetischer Genossen würden nicht nur unter der künstlerischen Intelligenz, sondern allgemein verstärkt westliche Sender gehört.

Ein Teil der Filmschaffenden sei besorgt, daß die günstige Situation im Filmwesen, die seit dem Juni-Plenum bestehe, sich ungünstig ändern könnte. Vor allem fürchtete man eine stärkere Reglementierung von seiten der staatlichen und der Parteiorgane. Die Ablösung Adshubejs⁸⁵ werde für richtig gehalten, obwohl dieser als Journalist ein hohes Ansehen genieße. Was die *Iswestija* heute sei, verdanke sie ihm. Die Überheblichkeit und Selbstherrlichkeit Adshubejs sei schon immer Gegenstand kritischer Bemerkungen gewesen. Dieser ausgewogene Text mit der Unterschrift des Botschaftsrats Schlemm und der Paraphe des Gesandten Rossmesl wurde unter anderem dem ZK, Büro Hager und der Kulturabteilung des ZK geschickt.⁸⁶

Der Gesandte Rossmesl richtete am 19. November 1964 ein Schreiben an die 1. EA, Abteilungsleiter Stude, über das November-Plenum 1964, das durch die Zusammenlegung der Parteiorganisationen in den Gebieten und Regionen einen Teil der Beschlüsse des November-Plenums 1962 rückgängig gemacht habe. Interessant ist in diesem Schreiben eine Erklärung eines Mitarbeiters des ZK der KpdSU: Es sei nicht zufällig, daß bis jetzt noch keine Beiträge von sowjetischen Genossen über das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft veröffentlicht worden seien, wie es in der DDR angewendet werde. Eine Studiendelegation des ZK unter Leitung eines ZK-Sekretärs werde demnächst das neue ökonomische System in der Praxis studieren, um zu prüfen, welche Schlußfolgerungen sich daraus für die Sowjetunion ergäben. Die Sowjetunion hat dieses Reformprojekt niemals übernommen, in der DDR wurde es 1970

84 Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, S. 767 u. 771; Prozumenschschikow, Michail: Der Rücktritt Nikita Chruschtschows im Oktober 1964. Unbekannte Dokumente aus dem Russischen Staatsarchiv für Neuere Geschichte (RGANI). In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 2004, S. 278 ff.

85 Alexej Adshubej war der Schwiegersohn Chruschtschows.

86 PAAA. MfAA A 876, Bl. 131 ff.

abgebrochen. Das geschah weniger auf Druck Moskaus als auf Betreiben der Reformgegner in der SED-Führung (Erich Honecker, Willi Stoph).⁸⁷

Neun Monate nach dem Sturz Chruschtschows, am 30. Juli 1965, gab die Politische Abteilung der Botschaft einen Bericht zur Entwicklung seit dem Oktober-Plenum 1964. Darin hieß es, daß die von diesem Plenum hervorgehobenen Prinzipien „der Kollektivität der Führung, der Beseitigung des Subjektivismus, des wissenschaftlichen Herangehens an die Lösung herangereifter Fragen sowie die Vermeidung von Überstürzungen bei der Durchführung von Maßnahmen (das waren die Chruschtschow zur Last gelegten Verfehlungen) konsequent eingehalten“ würden. Dann werden mehrere Maßnahmen genannt: die Erhöhung der „materiellen Interessiertheit“ der Kolchosbauern, die Auflösung der 1962 beim ZK der KPdSU gebildeten Büros für Industrie und Landwirtschaft sowie der Büros des ZK für Mittelasien und Transkaukasien und die Aufhebung der vom November-Plenum 1962 beschlossenen Beschränkung der Tätigkeit der Sowjets auf die soziale und kulturelle Betreuung der Bevölkerung.

Umfangreich waren die Auswirkungen des Sturzes Chruschtschows auf die teilweise Zurücknahme der Kritik an Stalin. Die in den letzten Jahren erfolgte „einseitig negativ überspitzte“ Einschätzung der Rolle Stalins sei korrigiert worden, zum Beispiel durch Artikel der Marschälle Konjew und Bagranjan. Die Rede Leonid Breschnews auf der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag (des Sieges über Deutschland) über die Verdienste Stalins als Vorsitzender des Obersten Verteidigungsrates der UdSSR sei mit Beifall aufgenommen worden. In das Literaturverzeichnis für das Studienjahr 1965/66 seien einige Werke Stalins über Lenins Kampf gegen die verschiedenen Abweichungen als Pflichtlektüre aufgenommen worden. Dadurch seien „bestimmte überspitzungen, die zur Zeit des Genossen Chruschtschow besonders nach dem XXII. Parteitag vorgekommen sind“, korrigiert worden. Nach Meinung des Berichterstatters dürften diese Maßnahmen jedoch auf keinen Fall als Beginn einer eventuellen „vollen politischen Rehabilitierung“ Stalins betrachtet werden.⁸⁸

Der Sturz Chruschtschows beschäftigte die Botschaft noch lange. Das Protokoll der Dienstbesprechung der Politischen Abteilung vom 3. Februar 1966 enthielt die Sätze, die bei der Erarbeitung der Analyse im Zusammenhang mit Fragen des XXIII. Parteitages (29. März bis 8. April 1966) zu berücksichtigen seien: „Schluß mit Subjektivismus, Paradeunwesen und großsprecherischen Losungen (besonders in bezug auf Ein- bzw. Überholung der USA). Schluß mit einseitiger Kritik des Personenkults Stalins.“⁸⁹

87 Ebd., Bl. 134 u.137. Das im Juni 1963 verkündete „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL) sah einen Perspektivplan der Staatlichen Plankommission für fünf bis sieben Jahre vor, eine größere Selbstverwaltung der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) und eine „Arbeitermitverantwortung“. So sollten Reserven mobilisiert und Initiativen geweckt werden. „Ökonomische Hebel“ wie Selbstkosten, Preis, Gewinn, Kredit, Löhne und Prämien sollten aufeinander abgestimmt werden. Im Mittelpunkt dieses Systems stand die „materielle Interessiertheit“ des einzelnen Arbeiters und des Betriebs, der „Gewinn“ sollte zu höheren Leistungen anspornen. Da das SED-Politbüro befürchtete, daß das NÖSPL auf die Dauer seine Führungsposition gefährden würde, wurde 1965 eine „zweite Etappe“ eingeleitet, die das Anwachsen der zentralistischen Tendenzen vorsah. 1970 wurde dieses Experiment abgebrochen. Vgl. Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München 1985, S. 351 ff.; Kaiser, Monika: Der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker im Kontext der innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall. Münster u. a. 2003, S. 470.

88 PAAA. MFAA A 859, Bl. 168 f., 172 u.188 ff.

89 PAAA. MFAA A 561, Bl. 8.

Fazit

Die Berichte der DDR-Botschaft Moskau über die bedeutenden Kursänderungen der Parteilinie der KPdSU in den Jahren 1956 bis 1964 waren gut recherchierte Analysen der Vorgänge in dieser Partei. Sie stützten sich auf Zeitungen und Zeitschriften, auf Gespräche mit Diplomaten des sowjetischen Außenministeriums, Mitarbeitern des ZK-Apparats, Angehörigen der sowjetischen Intelligenz und Werktätigen in den Betrieben. Die Mitarbeiter der Botschaft waren angehalten, „Einschätzungen“ zu liefern, also das aufbereitete Material zu kommentieren. Selbstverständlich durften sie dabei keine offene Kritik üben. Aber sie haben es geschickt verstanden, kritische Äußerungen sowjetischer Gesprächspartner zu zitieren. Die maßlosen Versprechungen des 3. Parteiprogramms (1961), das die Verwirklichung des Kommunismus in zwanzig Jahren ankündigte, haben sie durch Statistiken über die mangelhafte Erfüllung der laufenden Pläne konterkariert.

Bemerkenswert ist, daß die Berichte nicht vom Botschafter oder vom Gesandten unterschrieben wurden, sondern von Attachés, 2. Sekretären und anderen Diplomaten, die sie erarbeitet haben. Ihre Vorgesetzten setzten lediglich ihre Paraphe daneben.